EWI-Analyse

Koalitionsziele für den Stromsektor

[07.12.2021] Das EWI analysiert die zentralen Ziele des Koalitionsvertrags und ordnet sie im Hinblick auf das deutsche Stromsystem im Jahr 2030 ein.

Die Ziele für den Stromsektor im Koalitionsvertrag erfordern einen deutlich schnelleren Ausbau der Erneuerbaren sowie zusätzliche wasserstofffähige Gaskraftwerke. Das Emissionsziel des Energiesektors für 2030 könnte dann deutlich unterboten werden. Der Koalitionsvertrag der designierten Bundesregierung enthält zahlreiche Maßnahmen, um die Klimaschutzziele zu erreichen. Das Energiewirtschaftliche Institut an der Universität zu Köln (EWI) zeigt, wie sich der Stromsektor entwickeln könnte, wenn die Maßnahmen aus dem Koalitionsvertrag so umgesetzt werden. Für den ins Jahr 2030 vorgezogenen Kohleausstieg wäre ein Zubau von insgesamt 23 Gigawatt wasserstofffähigen Gaskraftwerken notwendig. Zusätzlich ist ein jährlicher Nettozubau von 14,6 GW Photovoltaik, 2,2 GW Offshore-Wind und 3,9 GW Onshore-Wind nötig, um die Ausbauziele des Koalitionsvertrags zu erreichen. „Der durchschnittliche jährliche Zubau von Photovoltaik und Offshore-Wind der vergangenen zehn Jahre müsste dafür mehr als verdreifacht werden“, sagt Johannes Wagner, Manager am EWI.
Das sind zentrale Ergebnisse der neuen EWI-Analyse „Auswirkungen des Koalitionsvertrags auf den Stromsektor 2030“. Das EWI analysiert die zentralen Ziele des Koalitionsvertrags und ordnet sie im Hinblick auf das deutsche Stromsystem im Jahr 2030 ein. Die Analyse basiert auf dem Szenario „Klimaneutralität 100", welches das EWI in seinem Gutachterbericht im Rahmen der dena-Leitstudie Aufbruch Klimaneutralität entwickelt hat, und erweitert das Szenario um die Ziele des Koalitionsvertrags zu einem möglichen Zielbild. Zwei neue Zielvorgaben sorgen für eine weitere Erhöhung der Bruttostromnachfrage. Zum einen werden im Koalitionsvertrag mindestens 15 Millionen vollelektrische Pkw bis zum Jahr 2030 angestrebt. Damit einhergehend müsste bis zum Jahr 2025 der Anteil der Neuzulassungen von vollelektrischen PKW an den gesamten Pkw-Zulassungen auf rund 83 Prozent steigen. Bis zum Jahr 2030 müsste ein Wert von rund 94 Prozent erreicht werden. Zum anderen soll die installierte Leistung von Elektrolyseuren 10 GW bis 2030 betragen. Die Bruttostromnachfrage steigt damit im untersuchten Szenario auf insgesamt 725 Terawattstunden im Jahr 2030. Basierend auf der Entwicklung der Stromnachfrage steigt die inflexible Nachfragespitze von 77 GW im Jahr 2019 auf 95 GW im Jahr 2030. Diese muss durch eine Kombination aus Industrieflexibilität, Stromimporten, Speichern und steuerbaren Kraftwerken gedeckt werden. Die designierte Bundesregierung möchte den Kohleausstieg idealerweise auf 2030 vorziehen. Ausgehend von 2019 würden rund 25 GW Steinkohle und 21 GW Braunkohle stillgelegt.

(ur)

Die vollständige Analyse findet sich hier.

Stichwörter: Politik, EWI, Strommarkt